

# Wir IN BERLIN

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

## SPD legt Zukunftskonzepte vor

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

in den vergangenen beiden Jahren haben wir verloren gegangenes Vertrauen schrittweise zurückgewonnen. Die Menschen setzen wieder Hoffnung in uns. Auch unser gelungener Bundesparteitag war ein Meilenstein auf dem Weg, Schwarz-Gelb im Jahr 2013 endlich abzulösen und wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Bis dahin gilt aber: Nur über stetige Arbeit nah bei den Menschen lässt sich Vertrauen und Kompetenz aufbauen.

Diese Kompetenz fehlt der jetzigen Bundesregierung. CDU/CSU und FDP sind vor allem mit sich selbst beschäftigt, anstatt die drängenden Probleme sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene zu lösen. Bundeskanzlerin Merkel bleibt ihrer Vorgehensweise treu und richtet ihre Politik daran aus, was den Fortbestand ihrer Koalition sichert. Die europäische Finanzkrise hat sie durch ihr zögerliches Agieren bei der Euro-Rettung zugespitzt und wider besseres Wissen falsche Versprechen gemacht. In wichtigen Bereichen wie der Reform der Banken- und Finanzmärkte oder der Pflegeversicherung geht es nicht voran. Alles dient nur einem Zweck: die Koalition zusammenzuhalten und weiter zu regieren. Ihre übergeordnete Verantwortung, dem Wohle der Menschen in Deutschland zu dienen, hat diese Bundesregierung nicht im Blick.

Auf unserem vergangenen Bundesparteitag haben wir intensiv und teilweise kontrovers über unsere Vorstel-



**SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag:  
Carsten Schneider, Iris Gleicke und Steffen-Claudio Lemme**

lungen zur Alterssicherung oder zum Steuersystem diskutiert. Wir haben ein Finanzkonzept vorgelegt, durch das der Staat die erforderlichen Handlungsspielräume bekommt, um schwerpunktmäßig in Bildung zu investieren und Schulden abzubauen, aber auch, um eine reformierte Gesundheits- und Pflegeversicherung künftig finanzieren zu können. In der verbleibenden Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl werden wir weiter an unseren Konzepten arbeiten. Wir als SPD-Landesgruppe wollen daran mitwirken und freuen uns über jede Gelegenheit, mit euch ins Gespräch zu kommen.

*Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten*

### IRIS GLEICKE

Lutherdekade  
und Förderpolitik

SEITEN 2, 3

### STEFFEN-CLAUDIO LEMME

Pflegereform  
und NPD-Verbot

SEITEN 4, 5

### CARSTEN SCHNEIDER

Finanzkonzept  
und Euro-Rettung

SEITEN 6, 7

### WIR VOR ORT

Unsere  
Wahlkreisbüros

SEITE 8



## Iris Gleicke

ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Suhl sowie den Landkreisen Schmalkalden-Meiningen und Hildburghausen.

Iris ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsabgeordneten. Sie gehört dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages an.

Außerhalb des Bundestages ist Iris u. a. stellv. Landesvorsitzende der Thüringer SPD, Beisitzerin im Vorstand des Thüringer Mieterbundes, Vorsitzende des Fördervereines Jugendzentrum Wiesenbauschule e. V. Schleusingen und Vorsitzende des ASB Suhl.

[www.iris-gleicke.de](http://www.iris-gleicke.de)

# Die Reformation – ein Menschheitserbe

Üblicherweise werden Jubiläen in einem Jahr gefeiert. Warum bekommt Martin Luther eine ganze Dekade? Die Reformation war nicht nur ein wichtiges kirchliches, sondern auch ein gesellschaftliches Ereignis. Sie führte zu gewaltigen Umbrüchen. Sie prägte ganze Gesellschaften und war einer der wichtigsten Wendepunkte in der Geschichte. Deshalb gilt sie auch als Beginn der Neuzeit. Bis zu wirklicher Demokratie, Freiheit und Toleranz war es jedoch noch ein weiter Weg.

Wir erinnern an die Reformation, da Martin Luthers Werk und seine Wirkungsstätten Kristallisationspunkte für eine breite gesellschaftliche Debatte sein sollten. Dies gilt für die Angehörigen unterschiedlicher Religionen genauso wie für die Laizisten unter uns. Olaf Zimmermann, der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, hat erklärt, „dass es einer kritischen und öffentlichen Debatte der gesamten Zivilgesellschaft bedarf“. Er hat die evangelische Kirche aufgefordert, „ihre Tore dafür sehr weit zu öffnen“. Ein guter Hinweis. Die Kirchen sind Teil der Zivilgesellschaft. Ja, die gesamte Zivilgesellschaft muss sich an den geplanten Projekten beteiligen. Ein gemeinsames Gedenken an die Reformation heißt für uns ein Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen, ergänzt durch das Engagement der Zivilgesellschaft. Martin Luther wirkte vielfach: Er gilt als Reformator, als Modernisierer der Kirche. Unbestritten ist sein Beitrag zur Demokratisierung, zur Entwicklung der deutschen Sprache und zum Zeitalter der Aufklärung durch die Stärkung der individuellen Eigenverantwortung und der Gewissensentscheidung. Eben deswegen ist das Reformationsjubiläum kein alleiniges kirchliches Prestigeevent. Die Kirche ist Zivilgesellschaft, die Zivilgesellschaft aber nicht nur Kirche!

Ein gutes Beispiel ist das Projekt „DenkWege zu Luther“, bei dem Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam miteinander arbeiten. Noch spannender und fruchtbarer wäre das Projekt natür-



FOTO: CYDONIA/PHOTOCASE.COM

lich, wenn auch Westdeutsche eingebunden würden. Es wäre gut, wenn sich junge Leute nicht nur aus den Kernländern der Reformation mit so spannenden Fragen beschäftigen würden, was ein so klassischer und theologischer Begriff wie „Gnade“ heute bedeutet. 500 Jahre nach Luthers Thesen ist unsere moderne Gesellschaft vielfach gnadenlos auf Leistung und Makellosigkeit ausgerichtet. Ein anderes Beispiel ist der kritische Umgang mit dem damaligen Ablasshandel. Wie weit sind wir davon heute in einer Gesellschaft entfernt, in der buchstäblich alles und damit auch das gute Gewissen käuflich zu sein scheint? Der unvergessene Johannes Rau äußerte einmal die Sorge, dass eine junge Generation heranwächst, die von allem den Preis und von nichts den Wert kennt.

Die Reformation gehört nicht der Kirche und nicht dem Staat. Sie gehört uns allen, so wie die Aufklärung und das Grundgesetz. Sie ist ein Menschheitserbe. Dafür sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert.

## Ostdeutschland verlässlich fördern

Angesichts der anhaltenden Krise hochverschuldeter EU-Länder bildet Ostdeutschland zwar keine Insel der Seligen, steht aber auch nicht mehr auf der „Kippe“, wie es einst Wolfgang Thierse formulierte. Dies ist im 21. Jahr der deutschen Einheit eine gute Botschaft.

Gleichwohl gehört zur ehrlichen Bilanz, dass die soziale Einheit noch nicht vollendet ist. Der Osten ist noch nicht – wie der diesjährige Einheitsbericht weismachen will – an einer besonderen „Wegmarke“ angekommen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse stockt, der Rückstand der Wirtschaftskraft bleibt seit Jahren nahezu konstant. Auch wenn die Infrastruktur zu den europaweit Modernsten zählt, fehlt es an Unternehmenshauptsitzen und einer größeren Industriedichte. Dennoch hat nicht zuletzt die Aufbauleistung der Ostdeutschen dazu geführt, dass der Osten und damit auch Thüringen in vielen entscheidenden Zukunftsfragen besser aufgestellt sind. Allerdings werden die günstigen Aussichten von den nach wie vor geringeren Löhnen und der höheren Arbeitslosigkeit getrübt. Auch bei den Renten ist die deutsche Einheit nicht in Sicht.

Nicht alle Regionen Ostdeutschlands haben sich bis heute gleichermaßen gut entwickelt. Auch in Thüringen gibt es Unterschiede. Einerseits prosperieren Städte wie Jena, Erfurt oder Ilmenau. Andererseits gibt es immer mehr Gegenden, die sich entleeren und dauerhaft abgehängt werden. Gerade im Eichsfeld oder im Kyffhäuserkreis sind die negativen Folgen des demografischen Wandels bereits spürbar. Ein ernsthaftes Eingreifen der Bundesregierung durch eine verlässliche Förderpolitik ist bisher Fehlanzeige. Insgesamt wird es künftig darum gehen, wie die Fördergelder gerecht verteilt werden können, und damit die Frage zu beantworten, wie es weitergehen soll mit der gesamtdeutschen Solidarität.

Wir Thüringer können auf das Erreichte stolz sein. Dies darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass die Lebensverhältnisse noch nicht angeglichen sind. Die ostdeutsche Wirtschaft und der Arbeitsmarkt hinken nach wie vor dem Westen hinterher. Auch deshalb müssen die ostdeutschen Länder weiter gefördert werden, damit sie bis zum Auslaufen des Solidarpaktes II Ende 2019 wirtschaftlich zum Westen aufgeschlossen haben.

## Kinderrechte gehören ins Grundgesetz

Bereits am 20. November 1989 hat die UN-Generalversammlung die Konvention über die Rechte des Kindes verabschiedet, um allen Kindern weltweit die gleichen Rechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung zu garantieren. 1992 trat diese Konvention auch in Deutschland in Kraft und sollte damit als wichtige Grundlage dienen, um die Rechte unserer Kleinsten zu wahren. Doch ihrer Bedeutung wird auch fast zwei Jahrzehnte später noch immer zu wenig entsprochen und ihre Umsetzung ist weiterhin mangelhaft.

Ein großer Mangel ist vor allem, dass die Kinderrechte noch immer nicht im Grundgesetz verankert sind. Die SPD setzt sich seit Jahren dafür ein. Für die erforderliche 2/3-Mehrheit im Parlament reichen die Stimmen von Rot-Grün aber nicht aus. Mit unserem Antrag „Kinderrechte umfassend stärken“ fordern wir die Bundesregierung auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern und damit der UN-Kinderrechtskonvention sowie der Charta der Grundrechte der EU in unserer Verfassung zu entsprechen. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche daran mitwirken, den Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ fortzuschreiben. Die Bun-



Iris Gleicke diskutiert mit Grundschulern über Kinderrechte.

desregierung muss sich auf EU-Ebene für ein System zur Überwachung der Kinderrechte und für einen regelmäßigen EU-Staatenbericht einsetzen, der dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes vorzulegen ist.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft eines jeden Landes. Wir müssen ihnen auch endlich in der Verfassungswirklichkeit unseres Staates zugestehen, als eigenständige Persönlichkeiten anerkannt zu werden.



## Steffen-Claudio Lemme

ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus den Landkreisen Kyffhäuser, Sömmerda und Weimarer Land.

Steffen ist stellv. Vorsitzender der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Petitionsausschuss. Außerhalb des Bundestages arbeitet Steffen als Gewerkschaftssekretär und ist Versichertenvertreter im Verwaltungsrat der AOK PLUS. Darüber hinaus ist er stellv. Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Thüringen und Mitglied im Bundesvorstand der Volkssolidarität e. V.

[www.steffen-lemme.de](http://www.steffen-lemme.de)

# Die eingedampfte Pflegereform

Was hatte nicht der ehemalige Gesundheitsminister Philipp Rösler den Mund voll genommen und 2011 zum „Jahr der Pflege“ erklärt. Mit Beginn des Jahres wurde es dann aber still um das Thema. Sein Nachfolger im Amt Daniel Bahr versprach Eckpunkte für den Beginn des Herbstes. Im Endeffekt wurde es November. Leider stellt sich nun heraus, dass der allgemeine Grundsatz „Gut Ding will Weile haben“ auf die schwarz-gelbe Pflegereform nicht zutrifft.

Mit großer Enttäuschung mussten die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen die Pläne für eine Mini-Reform zur Kenntnis nehmen. Diese sieht eine Beitragssatzerhöhung von 0,1 Prozent zum Jahr 2013 vor. Dadurch werden die Pflegekassen rund 1,1 Milliarden Euro mehr einnehmen. Die Mittel sollen zukünftig unter anderem den Bedarf an weiteren Leistungen für die 1,4 Millionen Demenzerkrankte in Deutschland decken. Weiterhin plant die Bundesregierung die Einführung steuerlich geförderter Zusatzversicherungen, um das Pflegerisiko zusätzlich privat absichern zu lassen. So hält sie an ihrer Strategie fest, Lebensrisiken auch weiter zu individualisieren. Neben der Opposition im Deutschen Bundestag haben auch Gewerkschaften und Sozialverbände scharfe Kritik hierüber geäußert.

Es ist deutlich, dass diese Bundesregierung nicht gewillt ist, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umzusetzen. Für dessen Einführung hatte sich ein eigens eingerichteter Beirat bereits im Jahr 2009 ausgesprochen. Die Sachverständigen hatten anhand seriöser Berechnungen den finanziellen Mehrbedarf einer echten Reform auf rund vier Milliarden Euro geschätzt. Nunmehr wird die Pflegebedürftigkeit auch weiterhin nur an den unmittelbaren körperlichen Gebrechen der Patienten bemessen. Die ebenso relevanten geistigen und psychosozialen Einschränkungen werden hingegen weiter nicht berücksichtigt. Nun will die Bundesregierung den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff erneut bis zum Ende



der Legislatur prüfen lassen. Der Vorsitzende des Beirats Jürgen Gohde hat bereits sein Unverständnis hierüber geäußert. Dabei liegen die sachgerechten Vorschläge schon auf dem Tisch.

Wir Sozialdemokraten halten am neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff fest. Mit unseren Plänen zum Ausbau der Pflegeberatung, zur Flexibilisierung des Leistungsrechts und zur Weiterentwicklung der Pflegequalität werden wir die Bundesregierung politisch unter Druck setzen. Dabei steht für uns fest, dass dies alles nur durch eine langfristige Stärkung der Solidarität bei der Finanzierung der Pflege gelingen kann. Eine besondere Bedeutung hat für uns dabei auch die Situation der Beschäftigten in der Pflegebranche, deren Leistungen derzeit weder angemessen gewürdigt noch vergütet werden.

## NPD endlich verbieten

Die Taten des rechtsextremen Terrornetzwerkes, das über mehr als zehn Jahre aus dem Untergrund morden konnte, zeigen einmal mehr, wie gefährlich der Rechtsextremismus für die demokratische Gesellschaft ist.

Wir fordern schon seit langem ein Verbot der NPD, weil diese Partei nichts anderes zum Ziel hat, als die Demokratie abzuschaffen und unser rechtsstaatliches System zu stürzen. Es ist unerträglich, dass der Staat eine Organisation finanziell unterstützt, die offenkundig gegen sie arbeitet. Seit der Verhaftung des ehemaligen NPD-Funktionärs in Jena, der das Terrornetzwerk Jahre lang unterstützt hat, ist sicher, dass der NPD für das Erreichen ihrer Ziele jedes Mittel recht ist. Allerdings muss ein Verbotverfahren berechnete Aussicht auf Erfolg haben, wenn wir nazistische Strömungen nicht noch stärken wollen. Wir fordern daher, die Voraussetzungen zu schaffen, die ein Verbot sicher machen. Dafür müssen alle V-Leute aus der NPD abgezogen werden.

Die jüngsten Ereignisse zeigen, auf welchem Irrweg sich die schwarz-gelbe Bundesregierung in der Extremismusbekämpfung befindet. In ihrer Koalitionsvereinbarung legten CDU/CSU und FDP fest, dass Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen gefährlich sind.



Steffen-Claudio Lemme demonstriert gegen Nazis.

Die Extremismusklausel verlangt von Aktiven gegen Rechtsextremismus eine Erklärung, mit unserer Verfassung im Einklang zu stehen. Dies stellt tausende Engagierte, die die Demokratie gegen rassistische und ausländergefeindliche Tendenzen verteidigen, unter unzulässigen Generalverdacht. Falsch ist auch, dass bei der Bundeszentrale für politische Bildung gekürzt wird. Prävention ist somit nicht in dem Maße möglich, wie sie angesichts der Gefahr, in der sich die Demokratie in Deutschland befindet, nötig wäre.

## Missbrauch von Werkverträgen verhindern

Wenn in Deutschland von Lohndumping die Rede ist, dann geht es häufig um das Thema Leiharbeit. Daneben befindet sich aber ein neues Billiglohnmodell auf dem Vormarsch – die sogenannte Werkvertragsarbeit. Werkvertragsarbeiter sind nicht beim Unternehmen angestellt, sondern bei einem Subunternehmen, das „je Werk“ bezahlt wird. Werkverträge werden zum Problem, wenn sie als verdeckte Leiharbeit in Form von Scheinwerkverträgen oder zur Auslagerung ganzer Abteilungen zur Kosteneinsparung genutzt werden.

Solche Fälle von Beschäftigung finden sich besonders im Einzelhandel. Supermärkte wie die Metro-Tochter Real lagern deutschlandweit ihre Warenverräumung an Subunternehmen aus. Für das Werk, also das Verräumen der Paletten in die Regale, wird die Firma bezahlt. Im Thüringer Einzelhandel beträgt der Stundenlohn dafür nach dem Tarifvertrag von ver.di 10,45 Euro; Leiharbeitskräfte verdienen nach Mindestlohn 7,01 Euro. Werkvertragsarbeiter jedoch räumen für lediglich 6 Euro pro Stunde die Regale ein und erledigen die gleiche Arbeit wie zuvor festangestellte Beschäftigte.

Die Unternehmen umgehen damit die Regeln für Leiharbeit, drücken die Kosten, indem sie Mindestlöhne aushebeln, und geben das unternehmerische Risiko an die Subunternehmen weiter. Diese können mit ihren Mitarbeitern von jetzt auf gleich abgeschoben werden. Die Folgen dieser Personalpolitik sind verheerend. Zusätzlich zu Dumpinglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen für Werkvertragsbeschäftigte entsteht neben der Stammbesellschaft des Unternehmens eine Randbesetzung ohne kollektiven Schutz. Die Arbeitnehmervertretung kann bei Werkverträgen nicht mitreden, so dass Tarifverträge durch externe Arbeit immer weiter unterwandert werden.

Wer gegen unsichere Beschäftigung vorgehen will, muss den zunehmenden Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen. Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist oft hilfreich, diese Form der Beschäftigung zu verhindern. Wir als SPD-Fraktion sind deshalb für stärkere Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und für weitergehende Prüfungen von Scheinselbstständigkeit beim Abschluss von Werkverträgen.



## Carsten Schneider

ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Erfurt, Weimar und dem Grammetal in Berlin.

Carsten ist haushaltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD-Landesgruppe Thüringen. Außerdem ist er ordentliches Mitglied im Gremium zur Kontrolle des Sonderfonds zur Bankenrettung und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Außerhalb des Bundestages ist Carsten u. a. Vorsitzender von Erfurt rennt e. V. und sitzt im Kuratorium der Aktion Gemeinsinn e. V.

[www.carsten-schneider.de](http://www.carsten-schneider.de)

# Soziale Gerechtigkeit durch solide Finanzen

Wovor haben die Menschen am meisten Angst? Laut den „Sorgenbarometern“ steht die Furcht vor den Staatsschulden auf dem ersten Platz. Überraschend ist das nicht, denn Deutschland hat über 2 Billionen Euro Schulden. Umgerechnet 25.000 Euro pro Kopf.

Aus diesem Grund ist das primäre Ziel der SPD, die öffentlichen Haushalte auszugleichen und die Abhängigkeit der Politik vom anonymen Kapitalmarkt zu beenden. Im September 2011 haben wir einen „Pakt für Bildung und Entschuldung“ vorgestellt, mit dem wir die grundgesetzliche Schuldenbremse strikt einhalten. Damit grenzen wir uns von der schwarz-gelben Regierungskoalition ab, die im Jahr 2012 rund 25 Prozent mehr neue Kredite aufnehmen will als im Jahr 2011, obwohl die Steuereinnahmen steigen.

Durch unser Finanzkonzept schaffen wir Spielräume für notwendige Investitionen zum Beispiel in Infrastruktur und in Bildung. Noch immer hängen in Deutschland die individuellen Lebenschancen zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Wir wollen ein Bildungssystem schaffen, das allen möglichst gleiche Perspektiven bietet. Indem wir das bisherige Kooperationsverbot abschaffen, kann sich der Bund künftig stärker an den Bildungsausgaben beteiligen. Im Jahr 2016 werden dafür zehn Milliarden Euro zusätzlich bereitstehen. Parallel dazu erhöhen wir die Finanzkraft der Städte und Kommunen. Das Geld soll dahin fließen, wo es im Alltag ankommt. Damit keine Schwimmhallen, Theater und Bibliotheken geschlossen werden.

Alle geplanten Maßnahmen sind gegenfinanziert. Das bedeutet: Wenn wir Geld ausgeben wollen, sagen wir auch, woher es kommen soll. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde würde nicht nur Beschäf-



FOTO: MARCO URBAN

tigte, die bisher weniger verdienen, für ihre Arbeit gerechter entlohnen, sondern dem Staat auch rund sieben Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen bringen. Außerdem werden wir ökologisch schädliche Subventionen abbauen und das schwarz-gelbe Steuerprivileg für Hoteliers zurücknehmen.

Die Vermögenden, die es sich leisten können, werden wir stärker am Schuldenabbau beteiligen. Denn die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander: Mittlerweile besitzen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung fast 70 Prozent des Gesamtvermögens. Ein höherer Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro und eine Vermögenssteuer sind daher gerechtfertigt.

Nur die Wohlhabenden können sich eine marode öffentliche Infrastruktur leisten. Wenn die staatliche Schule ihren Ansprüchen nicht genügt, schicken sie ihre Kinder auf eine Privatschule. Umgekehrt gilt: Gerade die sozial Schwächeren sind auf einen handlungsfähigen Staat mit genügend finanziellen Mitteln angewiesen. Solide Finanzen sind die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.

# Merkels schlechtes Krisenmanagement

In der Euro-Krise fordert Bundeskanzlerin Merkel von anderen EU-Staaten striktere Haushaltsdisziplin und betont, Vertrauen sei in der derzeitigen Situation „eine rare Münze“. In der Tat geht es beim Euro-Rettungsschirm um Vertrauen – zwischen den Staaten ebenso wie ge-



genüber Investoren. Der wichtigste Beitrag zur Vertrauensbildung ist die Einigung auf verbindliche Schuldregeln sowie eine glaubwürdige Haushalts- und Konsolidierungspolitik. Aber Merkel macht sich in Europa unglaubwürdig, denn ihre Regierung hat für 2012 mehr neue Schulden beschlossen als in 2011 und bricht damit die Schuldenbremse des Grundgesetzes. Wie aber will die Bundesregierung auf EU-Ebene hart verhandeln und Druck ausüben, wenn sie an ihren eigenen Maßstäben scheitert?

Die SPD hat Änderungen am befristeten Euro-Rettungsschirm EFSF zugestimmt, weil unter anderem die Zustimmung- und Kontrollrechte des Parlaments gestärkt wurden. Allerdings haben wir klargestellt, dass reine

Sparprogramme die Probleme von in Not geratenen Staaten nicht lösen können. So braucht zum Beispiel Griechenland dringend ein wirkungsvolles Aufbauprogramm, damit seine Wirtschaft wächst und der Staat in der Zukunft mehr Steuern einnimmt.

Auf dem Brüsseler EU-Gipfel im Dezember 2011 wurden die angekündigten weiteren Schritte zu einer fiskalpolitischen Stabilitätsunion nicht festgelegt. Richtig und wichtig ist, den dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM vorzuziehen – wie von der SPD schon lange gefordert. Aber auch diese Entscheidung kommt viel zu spät und die konkrete Ausgestaltung des permanenten Rettungsschirms ist noch völlig offen. Immer wieder hat die Bundesregierung auf europäischer Ebene blockiert und gezögert und dadurch die Krise verteuert. Durch ihr Taktieren ist wertvolle Zeit ungenutzt verstrichen. Deshalb ist auch das Vertrauen an den Finanzmärkten in neue Instrumente wie der Hebelung der EFSF-Gelder gering. Verantwortlich dafür ist das schlechte Krisenmanagement von Kanzlerin Merkel.

## „Soziale Stadt“ stärker fördern

Die Städtebauförderung hat in den vergangenen Jahren großen Anteil daran, dass historische Stadtkerne erhalten geblieben, Innenstädte zu neuem Leben erwacht und Wohngebieten lebenswerter geworden sind. Jede Einzelmaßnahme wirkt wie eine kleine Konjunkturspritze. Denn jeder Euro aus Fördermitteln für den Städtebau löst acht Euro an öffentlichen und privaten Bauinvestitionen aus. Trotzdem hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Mittel gekürzt. Dagegen hat sich die SPD leider erfolglos eingesetzt. Für das Jahr 2012 haben CDU/CSU und FDP erneut die ostspezifischen Programme wie „Stadtumbau Ost“ zusammengestrichen. Insgesamt fließen dafür zehn Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Besonders gefährdet von den Kürzungen bei den Städtebaumitteln ist die „Soziale Stadt“. Schwarz-Gelb hatte für das Jahr 2011 die Gelder um rund 70 Prozent gekürzt. Statt nur noch 28,5 Millionen Euro stehen im Jahr 2012

immerhin 40 Millionen Euro zur Verfügung. Weil aber die wichtigen sozial-integrativen Projekte gestrichen bleiben, ist das Programm weitgehend wirkungslos. Investitionen in Beton reichen nun einmal nicht, um die Situation in sozial schwierigen Wohnvierteln zu verbessern. Es geht nicht nur um bauliche Veränderungen, sondern z. B. auch um bessere Schulen, zusätzliche Arbeitsplätze und die Sicherheit auf den Straßen.

In den Stadtteilen, in denen Quartiersmanager, Ehrenamtliche und viele andere seit Jahren aktiv sind, müssen sie sich weiter engagieren und ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können. Dafür benötigen sie auch finanzielle Unterstützung, die wir als SPD leisten wollen. Die Kommunen können die Kürzungen nicht kompensieren, weil in ihren Kassen oft bereits die Mittel für Pflichtaufgaben fehlen. Deshalb muss der Bund die „Soziale Stadt“ künftig wieder mit mindestens 95 Millionen Euro jährlich fördern.

# Wir vor Ort – Unsere Wahlkreisbüros

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Wahlkreisbüros sind eure Ansprechpartner. Bei Terminanfragen, bei Einladungen in eure Ortsvereine und Kreisvorstände, zu Diskussionsrunden oder zu Feierlichkeiten und bei vielem mehr könnt ihr euch immer an

sie wenden. Für eure politische Arbeit vor Ort erhaltet ihr von ihnen auch Informationen aus der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem seid ihr herzlich eingeladen, uns in Berlin zu besuchen. Über unsere Büros könnt ihr euch gern für eine Besucherfahrt anmelden.

*Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten*

## Iris Gleicke

### Wahlkreis:

Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen

### Betreuungswahlkreise:

Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha – Ilmkreis und Kreis Sonneberg

### Büro Suhl (Johannes Bauer):

Würzburger Str. 3, 98529 Suhl

Telefon: (03681) 30 38 59

Telefax: (03681) 30 37 24

E-Mail: [iris.gleicke@wk.bundestag.de](mailto:iris.gleicke@wk.bundestag.de)

### Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke):

Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden

Telefon: (03683) 46 78 30

Telefax: (03683) 46 78 29

E-Mail: [iris.gleicke@wk2.bundestag.de](mailto:iris.gleicke@wk2.bundestag.de)

## Steffen-Claudio Lemme

### Wahlkreis:

Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I

### Betreuungswahlkreise:

Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I, Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

### Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):

Weißenseer Str. 27, 99610 Sömmerda

Telefon: (03634) 31 71 61

Telefax: (03634) 31 71 63

E-Mail: [steffen-claudio.lemme@wk.bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme@wk.bundestag.de)

### Büro Sondershausen (Steffen Sauerbier):

Ferdinand-Schlufte-Str. 23-25, 99706 Sondershausen

Telefon: (03632) 54 28 99

Telefax: (03632) 54 28 39

E-Mail: [steffen-claudio.lemme@wk2.bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme@wk2.bundestag.de)

### Büro Apolda (Jenny Füsting, Daniel Gross):

Goerdeler Straße 14, 99510 Apolda

Telefon: (03644) 51 44 35

Telefax: (03644) 51 44 37

E-Mail: [steffen-claudio.lemme.wk05@wk.bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme.wk05@wk.bundestag.de)



## Carsten Schneider

### Wahlkreis:

Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

### Betreuungswahlkreise:

Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und Greiz – Altenburger Land

### Büro Erfurt (Brita Schweitzberger, Frank Schönemann):

Andreasstr. 25a, 99084 Erfurt

Telefon: (0361) 2 66 68 15

Telefax: (0361) 5 66 07 95

E-Mail: [carsten.schneider@wk.bundestag.de](mailto:carsten.schneider@wk.bundestag.de)

### Büro Weimar (Sven Steinbrück, Virginie Klemm):

Goetheplatz 9b, 99423 Weimar

Telefon: (03643) 7 73 70 00

Telefax: (03643) 7 73 70 01

E-Mail: [carsten.schneider@wk2.bundestag.de](mailto:carsten.schneider@wk2.bundestag.de)

### IMPRESSUM

Herausgeber: Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme, Carsten Schneider  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Druck: SPD-Bundestagsfraktion; Redaktionsschluss: 16. Dezember 2011